
Satzung des NABU Kreisverband Offenbach e.V.

In der von der Kreisvertreterversammlung am 11. November 2023 beschlossenen Fassung.

Der Verein hat gleichberechtigt weibliche und männliche Funktionsträger. Zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit verwendet der Verein in dieser Satzung in der Regel die männliche Schreibweise unabhängig davon, dass diese und andere Funktionen auch von weiblichen oder diversen Personen wahrgenommen werden können.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „NABU (Naturschutzbund Deutschland) Kreisverband Offenbach e.V.“ (im folgenden NABU KV Offenbach genannt).
2. Der Verein hat seinen Sitz und seine Geschäftsstelle in 63322 Rödermark und ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Offenbach unter Nr. 5126 eingetragen.
3. Der Verein ist eine selbstständige Untergliederung des Landes- und Bundesverbandes des NABU gem. § 5 der Satzung des Bundesverbandes. Er anerkennt die Satzungen des Bundesverbandes und des Landesverbandes Hessen. Seine eigene Satzung darf nicht im Widerspruch zu den Satzungen der Vorgenannten stehen.
4. Der Verein führt im Vereinsnamen grundsätzlich den Namen und das Emblem des Bundesverbandes mit dem Zusatz Kreisverband Offenbach. Im gewöhnlichen Geschäftsverkehr ist der Verein auch berechtigt, die Kurzform „NABU Kreisverband Offenbach“ zu führen.
5. Änderungen der Satzung und der Vereinsstruktur bedürfen der Zustimmung des Landesverbandes. Dies gilt nicht für redaktionelle Änderungen bzw. Anpassungen der Satzung gemäß § 5 Ziff. 6 dieser Satzung.

§ 2 Zweck und Aufgaben

1. Zweck des NABU ist die Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege unter besonderer Berücksichtigung der freilebenden Vogelwelt und das Eintreten für die Belange des Umweltschutzes einschließlich der Bildungs- und Forschungsarbeit in den genannten Bereichen. Der NABU betreibt seine Aufgaben auf wissenschaftlicher Grundlage.

-
2. Der Vereinszweck wird verwirklicht insbesondere durch folgende Aufgaben:
- a) das Erhalten, Schaffen und Verbessern von Lebensgrundlagen für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt sowie das Eintreten für den Schutz der Gesundheit des Menschen vor Schäden durch Umweltbeeinträchtigungen,
 - b) die Durchführung von Artenschutzmaßnahmen für gefährdete Tier- und Pflanzenarten,
 - c) die Erforschung und die Förderung der Erforschung der Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes,
 - d) öffentliches Vertreten und Verbreiten der Ziele des Natur- und Umweltschutzes, z.B. durch Errichtung und Unterhaltung von Natur- und Umweltzentren und von Naturschutzstiftungen, durch Exkursionen, Publikationen und Veranstaltungen,
 - e) das Mitwirken bei Planungen, die für den Schutz der Natur und Umwelt bedeutsam sind, und das Einwirken auf Gesetzgebung und Verwaltung gemäß den genannten Aufgaben sowie das Eintreten für den Vollzug der einschlägigen Rechtsvorschriften; bei umweltrechtlichen Entscheidungen auch das Hinwirken auf die Einhaltung aller entscheidungserheblichen Rechtsvorschriften,
 - f) die Förderung des Natur- und Umweltschutzgedankens im gesamten Bildungsbereich, besonders in der Jugendbildung; Umweltbildung durch Heranführung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen an die Natur
 - g) die Zusammenarbeit mit Organisationen und Einrichtungen, die gleiche und ähnliche Ziele verfolgen und die Mittelweitergabe an inländische Körperschaften im Rahmen des § 58 Nr. 1 und 2 der Abgabenordnung
 - h) die Beschaffung finanzieller Mittel. Dieses verbindet die Beziehungspflege mit dem Werben um den persönlichen finanziellen Einsatz für Zwecke des NABU
 - i) Erwerb, Anpachtung, Betreuung und Gestaltung von Lebensräumen freilebender, insbesondere bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

Außerdem obliegt ihm die Betreuung und Unterstützung der Ortsgruppen im Kreisgebiet und in der Stadt Offenbach am Main. Er vertritt insbesondere die Ortsgruppen beim Landesverband.

3. Der NABU KV Offenbach ist die in Stadt und Kreis Offenbach arbeitende Gliederung des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V. (Bundesverband). Er erkennt die Satzung des Bundesverbandes und des NABU Landesverbandes Hessen an und unterstützt diese in ihrer Arbeit.
4. Der NABU KV Offenbach ist unabhängig und daher überparteilich und überkonfessionell und bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Er steht in seiner Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat. Mitglieder, die ein damit unvereinbares Verhalten offenbaren, können wegen vereinsschädigendem Verhalten aus dem Verband ausgeschlossen werden.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der NABU-Kreisverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des NABU-Kreisverbandes dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des NABU-Kreisverbandes.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des NABU-Kreisverbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 4 Finanzmittel

1. Die für den Zweck erforderlichen Mittel werden überwiegend durch Beiträge der Mitglieder, Spenden sowie durch sonstige Zuwendungen aufgebracht.
2. Der jährliche Beitrag der Mitglieder wird durch die Bundesvertreterversammlung festgesetzt und ist dem Bundesverband geschuldet.
3. Die Untergliederungen erhalten zur Wahrnehmung satzungsgemäßer Aufgaben vom Bundesverband Mitgliedsbeitragsanteile, sofern steuerliche Freistellungsbescheide vorliegen. Die Höhe für die Gliederungen des NABU Hessen regelt die Landesvertreterversammlung.
4. Die Mitglieder haben bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des NABU-Kreisverbandes keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 5 Geschäftsjahr und Rechnungswesen

1. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Für das Finanz- und Rechnungswesen ist der Schatzmeister/die Schatzmeisterin verantwortlich. Er/sie hat den Kassenbericht schriftlich gegenüber dem Kreisvorstand; mündlich gegenüber der Kreisvertreterversammlung zu erstatten.
3. Die Prüfung der Jahresrechnung erfolgt durch zwei Kassenprüfer, die für 2 Jahre gewählt werden. Eine Wiederwahl ist möglich.

§ 6 Mitgliedschaft und Mitgliedschaftsrechte

1. Der NABU-Kreisverband betreut und vertritt die Mitglieder des Bundesverbandes in Stadt und Landkreis Offenbach. Die Form der Mitgliedschaft richtet sich nach den Bestimmungen des NABU-Bundesverbandes.

-
2. Der NABU bietet folgende Mitgliedsformen:
- a) Ordentliche Mitglieder. Ordentliche Mitglieder sind alle natürlichen Personen, die sich zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages verpflichten.
 - b) Ehrenmitglieder. Ehrenmitglieder werden gemäß der Ehrungsordnung des NABU-Bundesverbandes ernannt.
 - c) Korporative Mitglieder.
 - d) Korrespondierende Mitglieder. Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Erfahrungen in Fragen des Natur- und Umweltschutzes mit dem NABU in Gedankenaustausch stehen, können vom Präsidenten des NABU-Bundesverbandes zu korrespondierenden Mitgliedern ernannt werden.
 - e) Kindermitglieder. Kindermitglieder sind Mitglieder bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres.
 - f) Jugendmitglieder. Jugendmitglieder sind alle Mitglieder zwischen dem 14. Lebensjahr und dem vollendeten 27. Lebensjahr.
 - g) Familienmitglieder. Der Partner eines ordentlichen Mitglieds und die in einer Wohnung mit ihm gemeinsam lebenden Personen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres können Familienmitglied werden. Familienmitglieder sind vom Bezug der Mitgliederzeitschrift ausgenommen.
3. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Mit der Aufnahme entsteht die Mitgliedschaft im Gesamtverband in einer der in § 6 (2) genannten Mitgliedschaftsformen. Die Mitgliedschaft im Gesamtverband ist verbunden mit dem Recht, alle Veranstaltungen und Einrichtungen des NABU zu besuchen, sofern die zuständigen Organe nichts anderes entscheiden. Jedes Mitglied im Sinne des § 6 (2) a-g erwirbt zugleich die Mitgliedschaft in der Untergliederung, die für dessen Hauptwohnsitz zuständig ist, es sei denn, das Mitglied wünscht die Zuordnung zu einer anderen Gliederung. An Wahlen und Abstimmungen können nur Mitglieder oder Delegierte ihrer jeweiligen Untergliederung teilnehmen.
- Mitglieder, die keiner Untergliederung im Sinne von § 7 dieser Satzung zugeordnet werden können, werden als Direktmitglieder des Kreisverbandes geführt. Sie üben ihre Rechte im Rahmen einer vom Kreisvorstand einzuberufenden eigenen Mitgliederversammlung aus. Die Bestimmungen des § 10 gelten für die Mitgliederversammlung der Direktmitglieder des Kreisverbandes entsprechend.
4. Über die Aufnahme von natürlichen Personen als Mitglied entscheidet der Vorstand der Gliederung, die vom Mitglied gewünscht wird oder für dessen Hauptwohnsitz zuständig ist, oder der Vorstand einer übergeordneten Gliederung oder das Präsidium. Über die Aufnahme korporativer Mitglieder entscheidet das Präsidium im Einvernehmen mit dem zuständigen Landesverband
5. Die Mitgliedschaft in einer Untergliederung gemäß § 7 (1) begründet gleichzeitig die Mitgliedschaft in den übergeordneten Gliederungen und im Bundesverband.
6. Die Mitgliedschaft im NABU gilt in den ersten sechs Monaten nach der Aufnahme als Mitgliedschaft auf Widerruf. Sie kann von beiden Seiten bis zu diesem Zeitpunkt mit sofortiger Wirkung widerrufen werden. Der Widerruf durch das Mitglied muss nicht begründet werden. Der Widerruf durch den NABU erfolgt durch den Vorstand der

Gliederung, der das Mitglied zugeordnet wurde. Er kann erfolgen, wenn das Mitglied keine ausreichende Gewähr dafür bietet, die satzungsgemäßen Ziele des NABU zu unterstützen oder vor bzw. während seiner Mitgliedschaft ein Verhalten an den Tag legt, welches geeignet ist, dem NABU Schaden zuzuführen oder sein Ansehen nach innen und außen herabzusetzen.

7. Das aktive Wahlrecht haben natürliche Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben und Mitglied sind. Das passive Wahlrecht haben natürliche Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Korporative Mitglieder haben das aktive Wahlrecht und nehmen es mit einer Stimme wahr. Alle Mitgliedsrechte einschließlich der Ausübung von Vorstandsämtern sind höchstpersönlich wahrzunehmen, es sei denn, die Satzung regelt etwas anderes. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im NABU enden auch alle Ämter.
8. Die Mitgliedschaft endet:
 - a) durch Widerruf der Mitgliedschaft gemäß Abs. 6 dieses Paragraphen.
 - b) durch Austritt. Er ist jederzeit und fristlos möglich. Ein Anspruch auf bereits geleistet Beitragszahlungen besteht nicht.
 - c) durch Ausschluss durch das dafür zuständige Organ.
 - d) durch Streichung von der Mitgliederliste durch das Präsidium bei Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrags trotz zweimaliger Mahnung,
 - e) durch den Tod des Mitglieds.
9. Endet die Mitgliedschaft eines ordentlichen Mitglieds, erlöschen auch die zugehörigen Familienmitgliedschaften.

§ 7 Gliederungen

1. Der NABU-Kreisverband ist ein Gesamtverein. Er bildet die Ebene zwischen den NABU-Gruppen und dem Landesverband gemäß § 7 Abs. 1 Bundesverbandssatzung und § 7 Abs. 1 Landesverbandssatzung. Seine Untergliederungen sind die örtlichen NABU-Gruppen.
2. Der Kreisverband ordnet die Mitglieder, soweit sie nicht Direktmitglieder des Kreisverbandes sind, in örtliche NABU-Gruppen. Für die Zugehörigkeit zu den in Satz 1 genannten Gliederungen soll der Wunsch des Mitglieds, andernfalls dessen Hauptwohnsitz/Sitz maßgeblich sein. Die Ummeldung zu einer anderen NABU-Untergliederung ist auf Antrag des Mitgliedes möglich und bedarf der Zustimmung durch den Vorstand der aufnehmenden Gliederung. Bestehende Regelungen und Vereinbarungen werden nicht berührt.
3. Mitglieder in Gebieten ohne zuständige NABU-Gruppe gehören direkt dem Kreisverband an.
4. Gründung und Änderung von NABU-Gruppen bedürfen der Zustimmung des Landesverbandes.

-
5. Die Untergliederungen gemäß § 7 (1) können ihre Angelegenheiten im Rahmen dieser Satzung, der Landesverbandssatzung und der Bundesverbandssatzung selbstständig regeln. Satzungen von Gruppen müssen durch den Landesvorstand gebilligt werden. Sie dürfen nicht im Widerspruch zur Bundes-, Landes- und Kreissatzung stehen. Bei Widerspruch zwischen der Satzung des Bundesverbandes und einer anderen Satzung sowie fehlenden Regelungen gilt die Satzung des Bundesverbandes.
 6. Der Name der Untergliederung besteht aus dem vollen Namen des NABU und einem Regionalzusatz; ebenso wird dessen Logo übernommen. Die Untergliederungen können auch die Kurzfassung NABU mit örtlichem Zusatz verwenden. Untergliederungen können sich auch in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins organisieren.
 7. NABU-Gruppen können eine oder mehrere Gemeinden umfassen. In einer Gemeinde soll in der Regel nur eine NABU-Gruppe bestehen, bisherige Regelungen und Vereinbarungen werden nicht berührt. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei, drei oder vier Jahren einen Vorstand, der mindestens aus drei vertretungsberechtigten Personen besteht. Außerdem sind von der Mitgliederversammlung zwei Kassenprüfer zu wählen. Es wird ausdrücklich festgelegt, dass Vorstandspositionen in NABU-Gliederungen ebenso wie die Position der Kassenprüfer ausschließlich mit NABU-Mitgliedern besetzt werden dürfen.
 8. Die Aufgaben des Vorstandes einer NABU-Gruppe sind vor allem:
 - a) die Vertretung der Interessen des NABU in allen örtlichen Angelegenheiten; im Zweifel handelt er nach Rücksprache mit dem Kreis- oder Landesverband,
 - b) das Wahrnehmen der satzungsmäßigen Aufgaben im Bereich der NABU-Gruppe und die jährliche Durchführung der Mitgliederversammlung,
 - c) die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen wie Führungen, Vortragsabende usw. sowie die Betreuung von örtlichen Schutzgebieten,
 - d) die Betreuung und Förderung der NAJU sowie
 - e) die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
 9. In Gemeinden ohne NABU-Gruppen wird durch den NABU-Kreisverband die NABU-Arbeit unterstützt und gefördert. Hierzu kann der Kreisverband örtliche Arbeitsgemeinschaften einrichten, in denen die in dem Bereich wohnenden NABU-Mitglieder aktiv werden können. In den örtlichen Arbeitsgemeinschaften wird ein Sprecher/eine Sprecherin bestellt oder durch den Kreisvorstand eingesetzt. Für die örtlichen Arbeitsgemeinschaften kann sich der Kreisverband eine Geschäftsordnung geben.
 10. Der Kreisverband und die Untergliederungen arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen. Sie unterrichten sich jeweils rechtzeitig und angemessen über wichtige Angelegenheiten.
 11. Eine Untergliederung darf im Gebiet einer anderen Untergliederung der gleichen regionalen Ebene nur mit deren vorheriger Zustimmung und nur nach den Bestimmungen dieser Satzung tätig werden. Bisherige Regelungen oder

Vereinbarungen werden nicht berührt.

12. Untergliederungen sind an die Beschlüsse und darauf beruhenden Weisungen einer übergeordneten Gliederung gebunden. Dies gilt nicht für solche Beschlüsse und Weisungen, die das Vermögen selbstständiger Untergliederungen betreffen.
13. Der Kreisvorstand kann Versammlungen von Untergliederungen einberufen und durch einen Beauftragten leiten lassen, wenn gewichtige Belange des NABU es erfordern.

§ 8 NAJU (Naturschutzjugend im NABU)

1. Der NABU-Kreisverband Offenbach kann eine Jugendorganisation mit der Bezeichnung „NAJU (Naturschutzjugend im NABU) Kreisverband Offenbach“ und der Kurzfassung NAJU KV Offenbach unterhalten. Der NAJU KV Offenbach gehören alle Mitglieder an, die zu Beginn des Geschäftsjahres das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und Mitglieder, die in der NAJU ein Amt bekleiden.
2. Die NAJU KV Offenbach regelt ihre Angelegenheiten im Rahmen dieser Satzung in eigener Verantwortung in Abstimmung mit dem Kreisvorstand.
3. Die NAJU KV Offenbach wird durch den Kreisverband finanziert.
4. Bei der Vertretung naturschutz- und umweltpolitischer Grundsätze stimmen sich die Organe der NAJU mit den Organen des NABU ab.
5. Auf Ebene der Gliederungen im Sinne des § 7 Abs. 1 können mit deren Zustimmung NAJU-Gruppen gebildet werden. In diesen Fällen soll ein Vertreter/eine Vertreterin der NAJU-Gruppe stimmberechtigtes Mitglied des NABU-Vorstandes sein. Der NAJU-Vertreter/die NAJU-Vertreterin bedarf der Bestätigung des jeweiligen NABU-Vorstandes.

§ 9 Organe

Organe des Kreisverbandes sind:

- a. die Kreisvertreterversammlung
- b. der Kreisvorstand.

§ 10 Kreisvertreterversammlung (KVV)

1. Die KVV ist das oberste Organ des NABU-Kreisverbandes. Sie ist insbesondere zuständig für:
 - a) die Wahl des Kreisvorstandes, der Kassenprüfer und der Kreisdelegierten für die Landesvertreterversammlung (LVV),

-
- b) Entgegennahme des Jahresberichtes und des Jahresabschlusses,
 - c) Entlastung des Vorstandes,
 - d) die Genehmigung des Haushaltsplans
 - e) die Änderung der Satzung,
 - f) die Auflösung des NABU Kreisverbandes Offenbach, vorbehaltlich der Zustimmung des Landesvorstandes.
2. Die KVV findet mindestens einmal jährlich statt. Darüber hinaus ist eine außerordentliche KVV auf verlangen von mindestens zehn Prozent der Mitglieder (§ 37 BGB) oder einem Viertel der NABU-Gruppen schriftlich und unter Angabe der Gründe einzuberufen oder wenn das Interesse des Vereins es erfordert.
 3. Sie ist von dem/der Kreisvorsitzenden oder einem anderen Mitglied des Vorstandes mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Nennung von Tag, Ort und Uhrzeit sowie unter Bekanntgabe der in Schriftform (per Brief oder per E-Mail) an die Delegierten der Ortsgruppen sowie an die gruppenlosen Einzelmitglieder bzw. deren gewählte Vertreter einzuberufen.
Soweit Anträge auf Satzungsänderungen vorliegen, sind diese inklusive des Wortlauts der beabsichtigten Satzungsänderungen mit der Einladung zuzusenden.
 4. Die KVV ist bei ordnungsgemäßer Einladung ohne Rücksicht auf die anwesenden Stimmen beschlussfähig. Sie wird von dem/der Vorsitzenden oder einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet.
 5. Der Kreisvertreterversammlung gehören an:
 - a) die Mitglieder des Kreisvorstandes,
 - b) die Delegierten der NABU-Gruppen,
 - c) die gewählten Delegierten der Direktmitglieder des Kreisverbandes.
 6. Die NABU-Gruppen entsenden je angefangen 50 Mitgliedern einen Delegierten. Stichtag für die Festlegung der Anzahl der Mitglieder ist jeweils der 1. Januar des Jahres, in dem die Kreisvertreterversammlung stattfindet.
Das Verfahren für die Bestellung regeln die jeweiligen Ortsgruppen. Jeder der Vertreter in der Delegiertenversammlung des Kreisverbandes kann bis zu zwei Stimmen für seine Ortsgruppe wahrnehmen, bis deren maximale Stimmenanzahl erreicht ist.
 7. NABU-Mitglieder, die dem Kreisverband direkt angehören (Direktmitglieder), wählen vor der Kreisvertreterversammlung aus ihren Reihen je 50 Mitgliedern einen Delegierten für die jeweilige Versammlung.
 8. Mitglieder des Kreisvorstandes können in der Kreisvertreterversammlung nicht gleichzeitig Delegierte einer NABU-Gruppe oder der Direktmitglieder sein.
 9. An den Sitzungen der KVV können die Mitglieder des Landesvorstandes Hessen und die Mitglieder des Präsidiums des NABU-Bundesverbandes teilnehmen und Anträge stellen.
 10. Anträge und Resolutionen zur KVV müssen spätestens vier Wochen vor dem Versammlungsbeginn beim Kreisvorstand eingegangen sein. Antragsberechtigt sind

-
- die Mitglieder, der Kreisvorstand, die Vorstände der NABU-Gruppen, Sprecher der örtlichen Arbeitsgemeinschaften sowie die NAJU KV Offenbach.
- a) Anträge, die nach Ablauf der Antragsfrist eingebracht werden, können mit der Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn es sich nur um die Beratung eines Gegenstandes handelt.
 - b) Soll die Tagesordnung um einen Beschlussgegenstand erweitert werden, ist eine Stimmenmehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
 - c) Anträge zur Tagesordnung sowie zu aufgerufenen Tagesordnungspunkten sind jederzeit zulässig.
 - d) Anträge auf Satzungsänderung sind nach Ablauf der Einberufungsfrist zur MV nicht mehr zulässig.
11. Über die Delegiertenversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Protokollführer und einem Mitglied des Vorstandes zu unterschreiben ist. Es soll mindestens folgende Angaben enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Namen des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Anwesenheitsliste der stimmberechtigten Mitglieder, die Tagesordnung, die Art der Abstimmung bzw. Beschlüsse über anstehende Sach- und Personalfragen. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut wiederzugeben.
 12. Die KVV soll grundsätzlich als Präsenzversammlung abgehalten werden. Falls dies aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich oder nicht zweckmäßig bzw. unverhältnismäßig oder unzumutbar sein sollte, kann der Kreisvorstand nach seinem Ermessen beschließen, abweichend von § 32 Abs. 1 S. 1 BGB die KVV ohne Anwesenheit der Delegierten an einem Versammlungsort durchzuführen und in der Einladung festlegen, dass die Delegierte ihre Rechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können oder müssen (virtuelle Mitgliederversammlung). Der Kreisvorstand kann auch festlegen, dass die KVV in Kombination verschiedener Verfahrensarten abgehalten wird (Hybrid-Versammlung).
 13. Die Bestimmungen dieses Paragraphen gelten für Vorstandssitzungen und Vorstandsbeschlüsse sowie die Mitgliederversammlung der Direktmitglieder des Kreisverbandes entsprechend.

§ 11 Kreisvorstand

1. Der Kreisvorstand besteht aus:
 - a) dem/der Kreisvorsitzenden,
 - b) dem/der stellvertretenden Kreisvorsitzenden,
 - c) dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin,
 - d) dem Schriftführer/der Schriftführerin
 - e) dem/der Medienbeauftragten.
 - f) dem Vertreter/der Vertreterin der NAJU KV Offenbach (soweit vorhanden)
 - g) bis zu einem weiteren Beisitzer aus jeder Ortsgruppe.

-
2. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind die Vorstandsmitglieder unter § 11 Abs. 1 a) – c). Sie sind alleinvertretungsberechtigt.
 3. Dem Kreisvorstand obliegt die Führung der Geschäfte des Kreisverbandes.
 4. Der Kreisvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, die die Aufgaben und die Arbeitsschwerpunkte der Kreisvorstandsmitglieder regelt.
 5. Die KVV wählt die Mitglieder des Kreisvorstandes in Einzelwahl. Die Beisitzer können en bloc gewählt werden. Der NAJU-Vertreter wird von der NAJU KV Offenbach berufen und bedarf der Bestätigung des NABU-Kreisvorstandes. Die Vorsitzenden der NABU-Gruppen werden durch die Mitgliederversammlung der NABU-Gruppen gewählt und sind per Amt Mitglied des Kreisvorstandes.
 6. Die Wahlperiode beträgt 2 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Mitglieder des Kreisvorstandes bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Scheidet ein Kreisvorstandsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, werden seine Aufgaben durch Vorstandsbeschluss einem anderen Vorstandsmitglied übertragen. Die nächstfolgende KVV wählt für den Rest der Amtsperiode ein Ersatzmitglied. Scheiden mehr als die Hälfte der Kreisvorstandsmitglieder aus, muss innerhalb von acht Wochen eine Kreisvertreterversammlung einberufen werden.
 7. Der Kreisvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind, davon müssen mindestens zwei den Posten unter § 11 Abs. 1 a) – c) angehören. Ergibt eine Abstimmung Stimmgleichheit, wird die Abstimmung wiederholt. Bei nochmaliger Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Vorstandsbeschlüsse können auch im Umlaufverfahren oder durch eine Telefon- bzw. Videokonferenz gefasst werden, sofern kein Vorstandsmitglied diesem Verfahren widerspricht. Die gefassten Beschlüsse sind unverzüglich zu protokollieren.
 8. Der Kreisvorstand ist auch beschlussfähig, wenn nicht alle Ämter besetzt sind.
 9. Der Kreisvorstand kann örtliche oder thematische Arbeitsgemeinschaften einrichten und auflösen. Die Bestätigung oder Bestellung der Sprecher/innen unterliegt dem Kreisvorstand.

§ 12 Aufrechterhalten der innerverbandlichen Ordnung

1. Die Vorstände der NABU-Gliederungen sorgen in ihrem Zuständigkeitsbereich für die Beachtung und Durchsetzung der innerverbandlichen Regeln aus Satzungen und Ordnungen. Es ist Aufgabe des Landesvorstandes, die innerverbandliche Ordnung durch geeignete Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Stellt dieser fest, dass Mitglieder oder Vorstände von Gliederungen ihres Zuständigkeitsbereiches
 - a) ihre satzungsgemäße Pflicht verletzen oder den Beschlüssen der satzungsgemäßen Gremien bzw. Organe (Bundes- und Landesvertreterversammlung, Bund-Länder-Rat und Landesrat oder Präsidium und Landesvorstand) nicht nachkommen

-
- b) oder sonstige wichtige Interessen des NABU gefährden, so hat er das Recht und die Pflicht, Maßnahmen zur Wiederherstellung der innerverbandlichen Ordnung zu treffen.
2. Der Einleitung von Ordnungsmaßnahmen hat eine Anhörung der Betroffenen voranzugehen. Ordnungsmaßnahmen sind zunächst anzudrohen. Dabei ist die Pflichtverletzung anzugeben und dem Vorstand unter Fristsetzung die Gelegenheit zur Beseitigung zu geben. Auf die Folgen eines möglichen Fristversäumnisses ist hinzuweisen.
 3. Kommt der Vorstand der Untergliederung der Aufforderung zur Stellungnahme bzw. der Beseitigung der Pflichtverletzung noch fristgerecht nach, so kann der Landesvorstand für die Untergliederung Ordnungsmaßnahmen einleiten. Die Wahl der Ordnungsmaßnahmen richtet sich nach der Art und Schwere der Pflichtverletzung.
 4. Geeignete Ordnungsmaßnahmen sind:
 - Die Rüge,
 - Die vorübergehende Aussetzung der Auszahlung von Beitragsanteilen,
 - Der Entzug des Rechts zur Nutzung des NABU-Logos sowie des Namensbestandteils „NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.“,
 - Die Umgruppierung der Mitglieder zu einer benachbarten oder darüberliegenden Untergliederung (Aberkennung des Status als NABU-Untergliederung).
 5. Soweit die Umstände ein sofortiges Handeln zur Abwehr eines Schadens für den Verband erfordern, so ist der Landesvorstand befugt, als Sofortmaßnahme und höchstens für die Dauer von sechs Monaten Ordnungsmaßnahmen vorläufig in Kraft zu setzen.
 6. Der betroffenen Gliederung steht hiergegen die Beschwerde zu. Diese ist schriftlich binnen eines Monats nach Empfang des Bescheids über die Sofortmaßnahme bei dem Landesvorstand einzulegen. Hilft dieser binnen eines weiteren Monats der Beschwerde nicht ab, ist diese der Schiedsstelle gemäß § 14 dieser Satzung zur Entscheidung vorzulegen.
 7. Gegen ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen gemäß Absatz 4 ist die Beschwerde zulässig. Diese ist innerhalb von einem Monat nach Empfang des Bescheides über die Ordnungsmaßnahme schriftlich beim Landesvorstand einzulegen. Hilft der Landesvorstand der Beschwerde nicht binnen eines Monats ab, so ist diese der Schiedsstelle gemäß § 14 dieser Satzung vorzulegen.
 8. Der Landesverband hat das Präsidium des Bundesverbandes unverzüglich von der Einleitung eines Verfahrens über die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen bzw. deren vorläufige Anordnung zu informieren.
 9. Ordnungsmaßnahmen gegenüber einzelnen Mitgliedern
Verhält sich ein Einzelmitglied vereinschädigend oder verstößt es gegen die Ziele des NABU, können gegen das Mitglied vom Landesvorstand Ordnungsmaßnahmen verhängt werden.

•

Gegen ein Einzelmitglied können folgende Ordnungsmaßnahmen einzeln oder gleichzeitig verhängt werden:

- Rüge oder Verwarnung,
- Zeitliches oder dauerndes Verbot des Zutritts zu bestimmten oder allen Einrichtungen und Veranstaltungen, ausgenommen Zusammenkünfte der Organe,
- Befristeter oder dauernder Ausschluss von Wahlfunktionen,
- Befristeter oder dauernder Ausschluss aus dem NABU,
- Aberkennung ausgesprochener Ehrungen.

10. In Fällen, in denen eine schwere Störung des NABU eingetreten oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist und das Verbandsinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert, kann der Landesvorstand das Ruhen aller oder einzelner Rechte zunächst für drei Monate anordnen. Soweit die Voraussetzungen weiter vorliegen, kann die Sofortmaßnahme um weitere drei Monate verlängert werden.
11. Das Mitglied kann gegen die Anordnung von Sofortmaßnahmen innerhalb von einem Monat Beschwerde beim Landesvorstand einlegen. Hilft dieser der Beschwerde nicht innerhalb eines Monats ab, so legt es die Angelegenheit der NABU-Schiedsstelle gemäß § 14 vor.
Gegen den Beschluss, mit dem Ordnungsmaßnahmen angeordnet werden, kann das Mitglied ebenfalls innerhalb eines Monats schriftlich begründet Beschwerde bei dem Landesvorstand einlegen. Hilft dieser der Beschwerde nicht innerhalb eines Monats ab, legt es die Angelegenheit der NABU-Schiedsstelle zur Entscheidung vor.
12. Vor einer Entscheidung der NABU-Schiedsstelle über den Widerspruch ist die Anrufung eines ordentlichen Gerichts nicht zulässig, es die denn, die Anrufung ist zur Wahrung einer gesetzlichen Frist erforderlich.

§ 13 Schiedsstelle

1. Die Schiedsstelle des NABU ist Beschwerdeinstanz für die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gemäß § 13 dieser Satzung, sie ist ferner zuständig für Beschwerden gegen Beschlüsse sowie die Art und Weise der Durchführung der Bundesvertreterversammlung.
2. Die Schiedsstelle wird auf Antrag eines Beteiligten am Verfahren über die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen tätig, sie kann Ordnungsmaßnahmen gemäß § 13 dieser Satzung aufheben, andere geeignete Ordnungsmaßnahmen festsetzen oder Ordnungsmaßnahmen der Landesvorstände bzw. des Präsidiums bestätigen. Sie soll vor einer Entscheidung auf eine einvernehmliche Klärung hinwirken.
3. Erfordern die Umstände des Einzelfalls sofortige Maßnahmen, ist die Schiedsstelle berechtigt, Ordnungsmaßnahmen vorläufig mit sofortigem Vollzug für zunächst drei Monate festzusetzen. Sind auch nach Ablauf dieser drei Monate die Voraussetzungen gegeben, so können die Maßnahmen um weitere drei Monate verlängert werden.

-
- 4. Vor Entscheidung der Schiedsstelle ist die Anrufung eines ordentlichen Gerichts nicht zulässig, es sei denn, die Anrufung ist zur Wahrung einer gesetzlichen Frist erforderlich.
 - 5. Die Schiedsstelle besteht aus zwei Kammern, die jeweils mit einer zum Richteramt befähigten Person besetzt sind. Die beiden Kammervorsitzenden werden von der Bundesvertreterversammlung mit einer Amtszeit von jeweils vier Jahren berufen. Wiederwahl ist zulässig. Die Zuständigkeit der beiden Kammern ergibt sich aus der Schiedsordnung, die vom Präsidium nach Anhörung des Bund-Länder-Rats erlassen wird, die kein Satzungsbestandteil ist.
Die Kammervorsitzenden entscheiden in den Fällen laut Schiedsordnung allein. Sieht die Schiedsordnung eine Entscheidung mit Beisitzern vor, so sind diese aus einem Beisitzerpool zu besetzen. Die Beisitzer werden durch die Landesverbände bestimmt, die konkrete Auswahl der Beisitzer für den Einzelfall ist in der Schiedsordnung festgelegt.
Die Kammervorsitzenden sowie die Beisitzer der Schiedsstelle müssen Mitglieder des NABU sein.
 - 8. Bei Widersprüchen gegen Beschlüsse des Präsidiums sowie der Bundesvertreterversammlung entscheiden beide Kammervorsitzenden gemeinsam mit drei Beisitzern, deren Auswahl sich aus der Schiedsordnung ergibt.
 - 7. Weitere Einzelheiten, insbesondere des Verfahrens der Schiedsstelle, regelt die Schiedsordnung. Diese ist nicht Satzungsbestandteil.
 - 8. Die Kammervorsitzenden können auf Beschluss der BVV nebenberuflich tätig werden. Die Höhe der Vergütung wird ebenfalls durch die BVV festgelegt.

§ 14 Ordnungen und Richtlinien

- 1. Der NABU kann sich zur Regelung der verbandsinternen Abläufe Ordnungen und Richtlinien geben. Diese sind nicht Bestandteil der Satzung. Für den Erlass, die Änderung und Aufhebung sind die gemäß dieser Satzung und der Bundes- und Landesverbandssatzung dazu vorgesehene Organe des Bundes-, Landes- und Kreisverbandes zuständig.
- 2. Die von der Bundesvertreterversammlung aufgrund der Bundesverbandssatzung, durch die Landesvertreterversammlung aufgrund der Landesverbandssatzung und durch die Kreisvertreterversammlung aufgrund dieser Satzung erlassenen Ordnungen und Richtlinien sind für die Gliederungen und die Mitglieder bindend.
- 3. Die für den Gesamtverband geltenden Ordnungen sind in der Bundesverbandssatzung aufgeführt.
- 4. Die Organe nach § 9 a) – b) können sich Geschäftsordnungen geben.

§ 15 Allgemeine Bestimmungen

1. Jede Tätigkeit im Rahmen der Mitgliedschaft im NABU ist ehrenamtlich, soweit nicht nachstehend oder durch gesonderte Vereinbarungen etwas anderes geregelt ist.
2. Angemessenen Auslagen, die bei ehrenamtlicher Tätigkeit entstanden sind, werden bei Nachweis erstattet.
3. Der Kreisvorstand und die Vorstände der Untergliederungen können jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich beschließen, dass ehrenamtlich tätige Mitglieder eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe der Ehrenamtszuschale bzw. Übungsleiterzuschale im Sinne der Einkommenssteuergesetzes erhalten. Über die Aufwandsentschädigung für Vorstandstätige beschließt die jeweilige Vertreter-/ Mitgliederversammlung.
4. Bedienstete des NABU KV Offenbach und seiner Gliederungen können nicht Mitglied eines Landes-, Regional-, Bezirks-, Kreis- oder Ortsvorstandes sein.
5. Die Organe des NABU sind beschlussfähig, wenn zu ihren Sitzungen ordnungsgemäß eingeladen wurde, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
6. Der Kreis-, Landesvorstand und das Präsidium haben das Recht, an Mitgliederversammlungen von Untergliederungen teilzunehmen. Sie haben Rede-, aber kein Stimmrecht.
7. Soweit diese Satzung nicht besondere Bestimmungen enthält bzw. unzulässige Bestimmungen enthalten sollte, gelten die jeweiligen Bestimmungen der Bundes- und Landesverbandssatzung.

§ 17 Wahlen und sonstige Beschlussfassungen

1. Bei Wahlen und sonstigen Beschlussfassungen entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, soweit diese Satzung oder das Gesetz nichts anderes vorschreiben. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Die Abstimmungen finden grundsätzlich offen statt, auf Verlangen von einem Drittel der Stimmberechtigten einer Versammlung finden Abstimmungen und Wahlen geheim statt. Der Versammlungsleiter kann Sammelabstimmung bestimmen, soweit die Versammlung nichts anderes beschließt.
2. Bei Wahlen sind Einzelwahl, verbundene Einzelwahl und en-bloc-Wahl zulässig.
3. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erhält bei mehreren Kandidaten kein Bewerber diese Mehrheit, findet zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmzahl eine Stichwahl statt.
4. Bei verbundenen Einzelwahlen können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Bewerber gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Gewählt sind die Bewerber,

die die Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen, in der Reihenfolge der höchsten Stimmenzahl. Sind nicht ausreichend Bewerber mit der Mehrheit der gültigen Stimmen gewählt, so findet unter den nicht gewählten Bewerbern ein zweiter Wahlgang statt, in dem die relative Mehrheit ausreicht.

5. Durch entsprechende Wahlordnungen kann von Abs. 3. und 4. abgewichen werden.

§ 18 Satzungsänderung

1. Satzungsänderungen können von der Kreisvertreterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Die Satzung bedarf, um Gültigkeit zu erlangen, die Billigung durch den NABU Landesverband Hessen.
3. Der Kreisvorstand ist berechtigt, Änderungen/Anpassungen der Satzung, die aufgrund etwaiger Beanstandungen eines Registergerichts, der Finanzbehörde oder des NABU Hessen erforderlich werden, zu beschließen. Der Vorstand ist ferner berechtigt, Satzungsänderungen selbst zu beschließen, die lediglich in Folge einer Satzungsänderung einer übergeordneten Gliederung des NABU e.V. erforderlich werden. Die Mitglieder sind unverzüglich nach Eintragung ins Vereinsregister/über diese Änderungen in geeigneter Weise zu informieren.

§ 18 Auflösung

1. Die Auflösung des NABU Kreisverband Offenbach e.V. kann mit einer Mehrheit von vier Fünftel der abgegebenen gültigen Stimmen der Kreisvertreterversammlung beschlossen werden.
2. Bei Auflösung bleibt die Mitgliedschaft der einzelnen Mitglieder im Bundes- und Landesverband sowie in den rechtlich selbstständigen Untergliederungen des Kreisverbandes bestehen.

§ 19 Vermögensbindung

1. Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall seines steuerbegünstigten Zwecks fällt das Vermögen an den NABU (Naturschutzbund Deutschland) Landesverband Hessen e.V. – Landesverband – der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
2. Bei Auflösung von Untergliederungen fällt deren Vermögen an den NABU Landesverband Hessen oder an den NABU-Kreisverband. Zutreffendes ist in der jeweiligen Satzung der Gliederung genau zu bezeichnen.

§ 20 Inkrafttreten

1. Diese Satzung wurde in der vorliegenden Fassung auf der Kreisvertreterversammlung am 11. November 2023 beschlossen und tritt mit Eintragung beim Registergericht in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Satzung in der Fassung vom 3. November 2018.

Beschlossen auf der Delegiertenversammlung in Rodgau-Nieder-Roden, am 16. März 2007
Geändert auf der Delegiertenversammlung in Obertshausen-Hausen, am 24. November 2007

Beschlossen und geändert auf der Delegiertenversammlung in Neu-Isenburg, am 14. November 2009

Beschlossen und geändert auf der Delegiertenversammlung in Rodgau-Nieder-Roden, am 15. März 2014

Beschlossen und geändert auf der Delegiertenversammlung in Rodgau-Nieder-Roden, am 12. März 2016

Beschlossen und geändert auf der Delegiertenversammlung in Hainburg, am 18. März 2017

Beschlossen und geändert auf der Delegiertenversammlung in Rödermark-Urberach, am 3. November 2018

Beschlossen auf der Kreisvertreterversammlung in Egelsbach, am 11. November 2023